

Politische Jugendbildung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe

Die Mittel im Arbeitsfeld „Politische Bildung“ des Kinder- und Jugendplans erhöhen

Die Bedeutung politischer Bildung angesichts großer gesellschaftlicher Aufgaben

Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hebt den Stellenwert politischer Bildung explizit hervor. Er fordert die Stärkung einer nachhaltigen politischen Bildung, die in die Alltagspraxis der Jugendlichen, ihren Medienalltag, ihre Lebenslagen und ihre entsprechenden Institutionen eingebunden ist. Angesichts der Entwicklungen in Deutschland, durch die das System der repräsentativen Demokratie zunehmend in Frage gestellt wird, ist die politische Bildung mehr denn je gefragt. Die Träger der politischen Jugendbildung, gefördert aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), begrüßen diese lange vermisste Aufmerksamkeit für die politische Bildung und die Bereicherung der Fachdebatte durch die Beschäftigung mit den Aufgaben, Zielen und Ansätzen der politischen Bildung.

Drängende Aufgaben für die außerschulische politische Jugendbildung

Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen kommt gerade der außerschulischen politischen Bildung eine besondere Rolle zu. Mit ihren Grundprinzipien wie Teilnehmendenorientierung, Partizipation und Freiwilligkeit hat die außerschulische politische Jugendbildung Möglichkeiten, die in der formalen Bildung nicht zur Verfügung stehen. Sie kann die Eigenmotivation der Teilnehmenden als Ressource für die Klärung eigener Interessen und für das selbsttätige Handeln und die politische Beteiligung junger Menschen nutzen. Sie kann vor Ort bedarfsorientierte und ergebnisoffene Bildungsprozesse ermöglichen und das ehrenamtliche Engagement stärken. Sie kann abgeschlossene Diskursräume überwinden, indem sie bewusst Diversität in der Zusammensetzung von Gruppen herstellt und Begegnungen zwischen jungen Menschen ermöglicht, die im Alltag selten miteinander in Kontakt kommen. So haben sich die Träger der politischen Jugendbildung in den letzten Jahren erfolgreich neuen, schwer erreichbaren Zielgruppen zugewandt. Das gemeinsame Projekt der politischen Jugendbildung „*Empowered by Democracy*“ lädt zum Beispiel junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund ein, sich in Seminaren und Workshops mit der Frage des Zusammenlebens in der Demokratie auseinanderzusetzen. Die Grundvoraussetzung für diese Weiterentwicklung unseres Arbeitsfelds ist die Stabilität der bundesweiten Grundstruktur, wie sie durch die Förderung des KJP sichergestellt wird.

Die politische Jugendbildung hat gerade in den letzten Jahren eine positive Weiterentwicklung erfahren. In der Auseinandersetzung mit wachsenden Herausforderungen wie Demokratieskepsis, Rechtspopulismus, der Integration von Neuzugewanderten oder gesellschaftlichen Veränderungen durch Digitalisierungsprozesse hat die politische Jugendbildung ihre flexible Reaktionsfähigkeit bewiesen. Es wurden neue Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Arbeitswelt, Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische Bildung aufgebaut, Angebote und Materialien an neue Zielgruppen angepasst

und zahlreiche neue Partnerschaften in Bereichen der Schule, Jugendsozialarbeit, Nichtregierungsorganisationen oder Migrantenselbstorganisationen geknüpft.

Politische Bildung – selbstbestimmt und nicht verzweckt

Die Träger der politischen Jugendbildung sprechen sich für eine politische Bildung aus, die auf individueller und gesellschaftlicher Ebene auf langfristige Wirkungen und auf eine positive Demokratievermittlung ausgerichtet ist. Politische Bildung richtet sich immer an alle Jugendlichen, unabhängig von Religion und Herkunft, von sozialem Status und Bildungsabschluss, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Sie ist stärken- und ressourcenorientiert angelegt und darauf ausgerichtet, die Entwicklung einer demokratischen Haltung zu unterstützen. Sie will die demokratische Identität junger Menschen stärken, will sie ermutigen und befähigen, Verantwortung für sich und für die Gesellschaft zu übernehmen, will Orientierung vermitteln und Teilhabemöglichkeiten eröffnen. In zahlreichen Projekten beschäftigt sich die politische Jugendbildung mit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und schafft Räume, um sich gemeinsam mit Jugendlichen zu Fragen von Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder religiös begründetem Extremismus auseinanderzusetzen.

Innovationskraft und modellhaftes Arbeiten in Projekten brauchen eine stabile Infrastruktur

Im Feld der außerschulischen Bildung nehmen junge Menschen freiwillig an unseren Angeboten teil und gestalten ihren eigenen Bildungsprozess somit weitgehend selbst. Doch Wirksamkeit entfaltet sich vor allem dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, unter denen politische Bildung stattfindet. Die Träger der außerschulischen Jugendbildung haben pädagogische Konzepte, die zielgerichtetes Lernen ermöglicht. Sie haben qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bildungsprozesse initiieren, begleiten und evaluieren. Sie verfügen über gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, die eine angenehme und professionelle Atmosphäre schaffen. Der Erhalt und der Ausbau einer solchen Infrastruktur führen zu einem stabilen, auf Dauer angelegten System der außerschulischen politischen Jugendbildung, das sich durch Erfahrung weiterentwickelt.

Während jährlich neue Projekte zur Demokratieförderung ausgeschrieben werden, steht der Bedeutungsgewinn der politischen Bildung im Widerspruch zu der finanziellen Ausstattung des Handlungsfelds der politischen Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan (KJP). **Seit dem Jahr 2000 stagniert die Förderung durch den KJP** und der Haushaltsansatz wird mit geringen Schwankungen jährlich fortgeschrieben. Gehaltssteigerungen und inflationsbedingte Kostenerhöhungen konnten daher seit nunmehr knapp 20 Jahren nicht ausgeglichen werden. Gleichzeitig erfahren Sonderprogramme jährlich die notwendige Aufstockungen zur Erfüllung ihrer wichtigen und weiterhin wachsenden gesellschaftlichen Aufgaben.

Eine starke Infrastruktur vor Ort sichert auch den Erfolg von Sonderprogrammlinien. Sie können nur über die Stärkung der Infrastruktur auch eine nachhaltige Wirkung entfalten. Kooperationen und Kompetenzen entstehen in Projektkontexten nur punktuell und unter wechselnden inhaltlichen Vorgaben und Voraussetzungen. Personal in der Fläche kann gar nicht oder nur kurzzeitig aufgestockt werden. Eine programmatische Einengung der finanziellen Förderung auf Themen, Zielgruppen und Lernorte erschweren es, Fachkräfte für die qualitativ anspruchsvolle Bildungspraxis vor Ort zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für ländliche und strukturschwache Regionen, wo die bundesweit geförderten Träger der politischen Jugendbildung mit ihren Einrichtungen nach wie vor noch häufig das einzige regionale Angebot außerschulischer politischer Jugendbildung stellen. Ausgehend von den Erfahrungen der politischen Jugendbildung ließen sich deutlich mehr Effekte mithilfe der bundeszentralen

Infrastruktur erzielen, wenn parallel zu den Sonderprogrammen auch die KJP-Regelförderung gestärkt würde.

Die Mitgliederstruktur der im Kinder- und Jugendplan geförderten Träger der politischen Jugendbildung ist Grundlage ihrer bundesweiten Reichweite. Ihre Vernetzung reicht über die überregionale und regionale Ebene bis in die Praxis vor Ort. Handlungsleitend ist ihre bedarfsorientierte Arbeitsweise, die Bildungsangebote partizipativ auf die Teilnehmenden vor Ort zuschneidet. Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Akademien, Volkshochschulen, Vereine und Fachorganisationen sind Teil dieses Netzwerks, das im Zusammenwirken mit weiteren Kooperationspartnern aus der Jugend- und Bildungsarbeit bundesweit Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus mit Angeboten politischer Jugendbildung erreicht.

Politische Bildung hat einen ressourcenorientierten Blick auf die Interessen und Kompetenzen junger Menschen und keine defizitäre Herangehensweisen in der Bearbeitung eines unerwünschten Zustands oder Verhaltens. Außerschulische politische Jugendbildung, die Jugendliche stark macht, ist wegen ihrer selbst willen zu fördern und auszubauen und nicht ausschließlich aufgrund ihrer präventiven Effekte.

Um innovativ zu sein und bedarfsorientiert mit Jugendlichen und jungen Menschen zu arbeiten, braucht es eine Förderstruktur, die politische Bildung als eine gesellschaftliche Daueraufgabe versteht und auf die bedarfsorientierte und anpassungsfähige Arbeitsweise der Fachpraxis vor Ort vertraut.

Um Qualität und Quantität des dringend notwendigen Angebots zu erhalten und eine Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes zu gewährleisten, halten wir eine substanzielle Erhöhung des Ansatzes für das Arbeitsfeld „Politische Bildung“ im KJP nach beinahe 20 Jahren stagnierender Förderung aus fachlicher Sicht und im Zuge der gestiegenen Anforderungen für unbedingt notwendig. Politische Bildung im KJP braucht eine Aufstockung der Mittel um mindestens drei Millionen Euro ab 2019. So kann die bundesweite Grundstruktur zukünftig noch wirkungsvoller sein.

Berlin, Oktober 2018

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V. (AKSB),
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB),
Bundesarbeitskreis ARBEIT und LEBEN (AL),
Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV),
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et),
Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR)